

EDITORIAL

Im Zeitraum zwischen dem Erscheinen von Heft 15 und der vorliegenden Nummer wurde aus den im Editorial von Heft 16 genannten Gründen die Redaktion um Mitglieder aus Aachen und Berlin erweitert. Hand in Hand mit dieser Erweiterung wurden verschiedene organisatorische und konzeptionelle Änderungen Arch+ vorgenommen. Über eine wichtige Änderung, nämlich die Übertragung von Herstellung und Vertrieb ab Heft 17 an den VSA, wurde schon in Heft 17 berichtet. Darüberhinaus hat die neue Redaktion ihre Herausgeberrechte an ARCH+ juristisch abgesichert durch die Gründung des Vereins „zur Erforschung der Fragen der Produktion und Planung gebauter Umwelt im Zusammenhang sozialistischer Politik“. Dadurch soll eine längerfristige und kontinuierliche Arbeit gewährleistet werden, so daß ARCH+ nicht nur stetiger erscheinen, sondern zu einem „Trägerorgan“ für die im Vereinsnamen ausgedrückten Ziele entwickelt werden kann. In diesem Editorial soll nun das Ergebnis der seither geführten Diskussion um das politische Selbstverständnis der neuen Redaktion zusammengefaßt werden. In Form von Schwerpunkt editorials für einzelne Themenbereiche soll dies in den nächsten Heften weitergeführt und konkretisiert werden.

Seit Heft 16 versuchen wir mit der redaktionellen Arbeit den hier zusammengefaßten Grundsätzen zu entsprechen, trotzdem erscheint es nötig, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen:

- von der inhaltlichen Seite her die politische Diskussion in der Redaktion, die sich entsprechend dem Arbeitsansatz und Themenbereich erweitern oder um Arbeitsgruppen ergänzen kann.
- von der Seite breiterer Verankerung und Wirkung her die Kooperation mit anderen Gruppen, die unter ähnlichem politischem Anspruch, in verwandten Gegenstandsbereichen bzw. mit gleichen Mitteln der Diskussion und Information wie diese Zeitschrift arbeiten.
- von der organisatorisch-technischen Seite her die Strukturierung der Hefte unter dem Aspekt kontinuierlicher, umfassender und aktueller Darstellung der Probleme, die sich uns stellen — was sowohl zur Form z.B. von Themen—Heften führen kann als auch dazu, Rubriken aktueller Notizen und Berichte bzw. der Literaturrezension neben die umfangreicheren Hauptbeiträge zu stellen.

Adressatenkreis und Themenbereiche

Für den Adressatenkreis, an den ARCH + sich wenden will und den Themenbereich, der in ARCH+ behandelt werden soll, haben wir folgende Schwerpunkte anvisiert: Die Zeitschrift soll sich zum einen an Gruppen wenden, die im Wohn- und Stadtteilbereich praktisch-politisch arbeiten, zum anderen an berufstätige und studierende Architekten und Stadtplaner. Damit grenzen wir ein Problemfeld ein, das die Praxis beider Gruppen betrifft, nämlich die Frage nach der Qualität und Funktion der Wohn- und Lebensbedingungen im Bereich der Reproduktion der Ware Arbeitskraft. Für die angesprochene Berufsgruppe Architekten und Stadtplaner sollen in Zukunft neben diesem Problemfeld, das ihren Arbeitsgegenstand beinhaltet, verstärkt die Arbeitsbedingungen, denen sie während des Studiums und im Berufs unterworfen sind, behandelt werden.

Reproduktionsbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung

Im Kampf um die Verbesserung der Qualität der Lebensbedingungen im Bereich der Reproduktion der Ware Arbeitskraft haben sich in den letzten Jahren zunehmend ausgehend von verschiedenen sozialen und ökonomischen Konflikten Bürgerinitiativen gebildet: Als auslösende Momente für diese Konflikte sind zu nennen insbesondere die Kahlschlagsanierungen, der Bau von Trabantenstädten und die damit verbundene Verschlechterung der Wohnbedingungen sowie die Unterversorgung mit Gesundheits-, Sozial- und Bildungseinrichtungen. Ein weiteres auslösendes Moment ist die Unfähigkeit der öffentlichen Verwaltung, in den ständig wachsenden Ballungsgebieten adäquate öffentliche Verkehrsmittel, vor allem zum Arbeitskräfte-transport, zu entwickeln und zu tragbarem Preis zur Verfügung zu stellen. Die schrankenlose Zerstörung der Naturbedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion, die Vergeudung der natürlichen Ressourcen und die unmittelbare Gefährdung menschlichen Lebens durch die Abfallbeseitigung der Industrie sind es schließlich, die zum Kampf gegen die Verseuchung der Umwelt führen. Diese Bereiche gehören zu denjenigen, mit denen sich Architekten, Stadtplaner und andere Berufsgruppen (Soziologen, Sozialarbeiter, Juristen) planerisch sowie zum Zwecke der Konfliktvermeidung beruflich auseinanderzusetzen haben.

Die aus den genannten Konflikten sich entwickelnden politischen Bewegungen waren entstanden als Folgeerscheinung der antiautoritären Studentenbewegung, wer-

den aber zunehmend von den Betroffenen selbst initiiert und getragen, meist in der Form von Bürgerinitiativen, an denen darüberhinaus verschiedene Institutionen und politische Gruppen sich beteiligen. Ist schon der Kreis der Betroffenen selbst, was Motivation und konkrete Zielsetzung betrifft, sehr heterogen zusammengesetzt, so werden die Interessengegensätze durch sich beteiligende Gruppen noch verstärkt: arbeiten in diesen Bürgerinitiativen die einen im Eigeninteresse und mehr oder weniger solidarisch mit ihrer Klasse, oder Schicht, sei es als Arbeiter, Angestellte, Kleinhändler oder Kleinproduzenten, so die andern berufsmäßig, als Sozialarbeiter oder Juristen im Auftrag des Staates, und die dritten schließlich in der Absicht, die Betroffenen mit ihrem fachlichen Wissen (z.B. als Planer) oder mit ihrer organisatorischen Erfahrung zu unterstützen.

Die Analyse der Bedingungen, unter denen eine Mitarbeit von Sozialarbeitern, Soziologen, Juristen oder auch Architekten stattfindet, und die Untersuchung der Grenzen, die solcher Tätigkeit durch die jeweiligen institutionellen Rahmenbedingungen und politischen Zielsetzungen ihrer Auftraggeber gesetzt sind, soll mit der Darstellung und Zusammenfassung der Erfahrungen jener Gruppen konfrontiert werden, die mit konkreter politischer Zielsetzung, aber institutionell unabhängig, im Stadtteil arbeiten. Diese Differenzierung der mitarbeitenden Gruppen und Personen in Bürgerinitiativen ist notwendig, will man zu verallgemeinerbaren Einschätzungen der Strategieansätze, der Mittel, mit denen diese Strategien durchgesetzt werden, und schließlich auch der Gegenstrategien seitens kommunaler Behörden kommen. Daß der Stellenwert von Bürgerinitiativen im Zusammenhang sozialistischer Politik keineswegs endgültig bestimmbar ist, sondern im Zuge ihrer Entwicklung immer wieder aufs neue problematisiert werden muß, insbesondere unter Berücksichtigung der Rolle des Staates, ist hier unterstellt.

Arbeitsbedingungen von Architekten und Stadtplanern

Was den Kreis der Architekten und Stadtplaner betrifft, so sollen neben ihrem Arbeitsgegenstand auch ihre Arbeitsbedingungen in ARCH+ behandelt werden. In der Berufspraxis sind die Arbeitsbedingungen von Architekten und Stadtplanern von den charakteristischen Auswirkungen der Industrialisierung unter kapitalistischen Verhältnissen, welche in der Baubranche erst jetzt forciert betrieben wird, gekennzeichnet (Konzentration der Betriebe, Übergang der Masse der Architekten und Stadtpla-

ner in das Angestelltenverhältnis, Spezialisierung und damit Verlust des Überblicks und der Möglichkeit der Einflußnahme auf die Gesamtplanung). Sie sind obendrein gekennzeichnet von den zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals nach dem Ende der Rekonstruktionsperiode des bundesrepublikanischen Kapitalismus (zunehmende Unsicherheit des Arbeitsplatzes, zunehmende Auspressung der Arbeitskraft). Konflikte am Arbeitsplatz, die sich an den Versuchen kapitalistischer Geschäftsleitungen entzünden, mittels Überstunden, ausgeklügelte Prämiensystemen und Rationalisierungen, die Arbeitsleistung ihrer Angestellten zu steigern und sie gleichzeitig durch Delegation begrenzter Leitungsfunktionen an die Interessen des Unternehmens zu binden, fördern bei den lohnabhängigen Architekten zunehmend die Erkenntnis, daß die organisierte Wahrnehmung ihrer Interessen notwendig wird. Die beginnende gewerkschaftliche Organisation angestellter Architekten und Stadtplaner in den Gewerkschaften der IG Bau, Steine, Erden, oder der ÖTV sind Konsequenz der Tatsache, daß sich bei Teilen der Angestellten das Bewußtsein von der Notwendigkeit solidarischen Handelns untereinander und auf der Seite der Arbeiterklasse entwickelt.

Das Fortbestehen kleiner und mittlerer Architekturbüros neben den kapitalistisch betriebenen Planungsunternehmen bietet dagegen immer wieder jenen Vorstellungen von kooperativer Reformtätigkeit Raum, die eine mehr oder weniger unbewußte Prolongierung des alten Architekten-selbstverständnisses vom Künstler und Mittler zwischen Produzent und Nutzer darstellen.

Stellt die Überwindung berufsspezifischer Widerstände gegen eine gewerkschaftliche Organisation bei Architekten und Stadtplanern einen ersten und wichtigen Schritt dar, sich bewußt als Lohnabhängige zu verhalten, so geht es in der nächsten Zeit vor allem darum, die Erfahrungen die in der Gewerkschaft bisher gemacht worden sind, zu verallgemeinern und die Arbeit innerhalb der Gewerkschaft zu problematisieren.

Dieser Themenbereich ist gegebenenfalls auf die Arbeitsbedingungen aller derjenigen Gruppen auszuweiten, die sich neben Architekten und Stadtplanern berufsmäßig mit den Reproduktionsbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung befassen, heute schon: Sozialarbeiter und Soziologen.

Ausbildungsbedingungen von Architekten und Stadtplanern

Die ökonomischen und sozialen Bedingungen der Lage von Architekten und Stadtplanern als Lohnabhängigen ist als Konsequenz dessen zu begreifen, daß der Bereich der Produktion und Planung gebauter Umwelt zunehmend den Bedingungen „intensiver“ Kapitalverwertung unterworfen wird. Ist dies das bewegende Moment der schon zu beobachtenden Rationalisierung ihres Arbeitsprozesses, so ist es eine unabdingbare Voraussetzung dazu, daß er systematisiert werden kann, d.h. wissenschaftlich durchdrungen wird und daß die zu seiner profitablen Gestaltung notwendigen Qualifikationen und notwendigen Arbeitsmittel entwickelt sind und angewandt werden können. In dem Maße, in dem der Prozeß der Produktion und Planung gebauter Umwelt auf dieser veränderten Struktur beruht, erhalten auch für den Architekturbereich Forschung und Lehre als Reflexe des Produktionsprozesses erhöhte Bedeutung.

Die Arbeitsbedingungen während des Studiums sind im Rahmen jener Tendenzen zu betrachten, die gegenwärtig die Gesamtentwicklung an den Hochschulen kennzeichnen: einerseits Versuche des Staates, direkten Einfluß auf Ausbildung und Forschung zu nehmen und andererseits sich wandelnde Abwehrreaktionen der Hochschulangehörigen — nicht nur der Studenten — gegen diese Staatseingriffe. Mit dem bundeseinheitlichen Entwurf zum Hochschulrahmengesetz, den regionalen Referentenentwürfen zur Novellierung der bestehenden Universitätsgesetze und mit den flankierenden Maßnahmen bezüglich der Zulassung zum Hochschulstudium (numerus clausus) bzw. zum Beruf (Hamburger Erlaß) sind diejenigen Maßnahmen bezeichnet, mit denen der Staat nach den Ansätzen zu einer demokratischen Hochschulreform die Phase der Gegenreform vorläufig abzuschließen versucht. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Hochschule wieder zu einem funktionalen Bereich gesellschaftlicher Arbeitsteilung zu machen, und zwar mit Hilfe institutioneller Festlegungen, die auf langfristige Absicherung der staatlichen Interventionsmöglichkeiten zielen. Dies jedoch ohne daß bereits im einzelnen klare Konzeptionen für die Studieninhalte, Leistungskontrollen, universitäre Mitbestimmung etc. vorhanden wären. Die konkrete Durchsetzung der hochschulpolitischen Maßnahmen des Staates wird in starkem Maße abhängig von der Situation an den einzelnen Universitäten und Fachbereichen bleiben und

beeinflusst werden von der Reaktion der betroffenen Studenten und Hochschulangestellten.

Die Gegenreform von Bund und Ländern trifft jedoch auf eine Studentenbewegung, die noch zu keinem neuen organisatorischen Ausdruck gefunden hat angesichts des Widerspruchs zwischen der Bereitschaft vieler Hochschulangehöriger zu aktiver Mitarbeit und einer Reihe von politischen Zirkeln, die ihre Unfähigkeit, eine eigenständige Politik zu entwickeln, die auf den realen Verhältnissen an den Hochschulen und auf breiter Beteiligung der Studenten und Hochschulangestellten basiert, nur noch mühsam hinter abstrakten Organisationsprinzipien verstecken können. In ARCH+ soll auch auf die konkreten Ausprägungen eingegangen werden, die diese allgemeine Situation in den einzelnen Ausbildungsgängen, deren Inhalten und institutionellen Rahmenbedingungen von Lehre und Forschung, wie sie sich in den Auseinandersetzungen um das Projektstudium niederschlagen, sowie der politischen Arbeit als einem Teilbereich gesamtgesellschaftlicher Auseinandersetzungen findet.

Der politische Charakter der Beiträge zu diesen Themenbereichen

Als Hauptaufgabe einer politisch engagierten Fachzeitschrift, als die wir ARCH+ begreifen, sehen wir **Kritik** im Sinn einer materialistischen Analyse der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse als Grundlage für die politische Praxis, wie sie von Marx im System der politischen Ökonomie entwickelt worden ist. Diese Kritik zielt darauf ab, die wissenschaftlichen Grundlagen für eine politische Strategieentwicklung im Prozeß der in den gesellschaftlichen Verhältnissen selbst begründeten notwendigen Emanzipation der gesamten Gesellschaft zu legen. Dabei ist auszugehen von der Untersuchung der real vorfindlichen Zustände und den Bedingungen und bewegenden Momenten ihrer Veränderung. In der bürgerlichen Gesellschaft erscheinen die materiellen Verhältnisse jedoch nicht als das, was sie sind, sondern als mystifizierte, in ihr Gegenteil verkehrte. Die Mitglieder der Gesellschaft treten nicht unmittelbar gesellschaftlich zueinander in Kontakt, sondern sie tun dies nur in ihrer Eigenschaft als Warenbesitzer, vermittelt über den Austausch ihrer Waren. In der Sphäre der Warenzirkulation, der Grundlage aller sozialen Beziehungen in der bürgerlichen Gesellschaft, treten die Individuen sich als formell freie und gleiche einander gegenüber. Diese Freiheit und Gleichheit, wie sie an der Oberfläche erscheint, versteckt aber nur die wirklichen Verhältnisse, auf denen die ganze Pro-

duktionsweise beruht, die reale Ungleichheit im Produktionsprozeß, wo sich Lohnarbeiter und Kapitalist im Verhältnis von Ausgebeutetem und Ausbeuter einander gegenüberstehen. Die Mystifikationen der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft, welche die realen Ausbeutungsverhältnisse verschleiern und in ihr Gegenteil verkehren, prägen die Bewußtseinsformen, in denen sich die gesellschaftliche Realität in den Köpfen der Individuen widerspiegelt. Wesentlicher Bestandteil jeder Kritik der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ist daher auch die Analyse dieser Mystifikationen und der durch sie produzierten Bewußtseinsformen und Ideologien. Diesen Zusammenhang von Bewegungsgesetzen, Erscheinungsformen und Bewußtsein in seiner Gesamtheit systematisch zu entfalten, ist in einer Zeitschrift wie ARCH+ nicht möglich. Es soll jedoch der Versuch gemacht werden, mit den einzelnen Beiträgen die Grundlagenarbeit über Stadtentwicklung und Veränderungen der Bauproduktion unter den Bedingungen des westdeutschen Kapitalismus weiterzutreiben. Erforschung der Fragen der Produktion und Planung gebauter Umwelt heißt in diesem Zusammenhang, die erscheinende Bewegung und die Formen, in denen der westdeutsche Kapitalismus seinen für den Bau- und Planungssektor spezifischen Ausdruck findet, durch Aufdeckung der sie hervorbringenden ökonomischen Struktur systematisch zu durchdringen. Dies schließt ein, daß sowohl die ökonomische Struktur als auch die Produktion und Planung gebauter Umwelt betreffende Technik und Methodik in ihrer derzeitigen Entwicklung analysiert werden.

Weiter muß Kritik, die zur Grundlage politischer Praxis werden soll, sich auch auf die jeweils konkreten Ausdrucksformen der existierenden politischen Bewegung selbst und auf die Möglichkeiten und Bedingungen ihrer Entfaltung beziehen. Dazu sind sowohl die Ansätze praktisch-politischer Arbeit zu untersuchen, die sich auf diese Form des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses beziehen, als auch die ihnen zugrundeliegenden Einschätzungen seiner Entwicklung und der Möglichkeiten von Veränderungen. Letzteres soll in Form der Veröffentlichung von Erfahrungsberichten, zusammenfassenden Darstellungen und Analysen geschehen, worin die Bedingungen, unter denen praktisch-politische Arbeit gegenwärtig stattfindet, präzisiert und konkretisiert werden sollen, und worin Verallgemeinerungen als Grundlage politischer Strategieentwicklung angestrebt werden.

Schließlich sollen auch Beiträge über den jeweils fortgeschrittensten Entwicklungsstand der Planungsinstrumen-

te im Bau- und Planungssektor veröffentlicht werden. Hierbei handelt es sich z.B. um Analysen zur Technik und Methodik der Produktion und Planung gebauter Umwelt, um Datenzusammenstellungen und Berechnungsmodelle. Uns interessieren hierbei solche Beiträge, die im Zusammenhang sozialistischer Politik von Bedeutung sind, sei es, weil sie zu den Grundlagen für die Kritik der Produktion und Planung gebauter Umwelt im Kapitalismus gehören, sei es, weil sie als Materialien für die Agitation im Rahmen praktisch politischer Arbeit im Stadtteil wie in der Berufspraxis von Architekten und Stadtplanern dienen können. Die Relevanz solcher Planungsinstrumente im Zusammenhang sozialistischer Politik, ihre Funktionsweise und die Bedingungen ihrer Anwendung, sollen in den Beiträgen selbst oder in entsprechenden Stellungnahmen und Kommentaren möglichst deutlich herausgearbeitet werden.

Klaus Brake, Wolfgang Ehrlinger, Helga Fassbinder,
Christoph Feldtkeller, Mark Fester, Nikolaus Kuhnert,
Jörg Pampe, Renate Petzinger, Heinrich Stoffl